

Reaktionäre Justiz im Westen im West

Aus Lübeck, Braunschweig, Freising, Braunschweig und Bückeburg hören wir, daß die Justiz uns aufhorchen lassen sollten. Da wird ein Mann "schuldig" verurteilt, weil er sich unter Hitler der Hinrichtung widersetzt hat (Fall Garbe); da wird ein Mörder unter Anwendung einer Hitleramnestie freigesprochen (Fall Tiessen); da wird zwei SA-Judenmördern strafmildernd zugute gehalten, sie hätten auf Befehl ihres Sturmtruppführers gehandelt (Brüder Behring in Bremen); da wird eine ohne jedes Urteil vorgenommene Erhängung von Ostarbeuern durch Gestapoleute für straflos erklärt, weil eine solche Handlung dem Staatsrecht des Dritten Reiches entsprochen habe (Braunschweiger Gericht); da wird einer der berühmtesten Knüppelheiden der SA, der Sturmführer Hannibal aus Wolfenbüttel, glattweg freigesprochen, und da wagt es ein Richter in Bückeburg, heute noch zu erklären, unter Hitler habe ein Pöbel nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht gehabt, Antifaschisten zu denunzieren.

Derartige Fälle dürfen von der demokratisch-antifaschistischen Öffentlichkeit nicht einfach widerspruchslos hingenommen werden. Wir wissen, wohin die Justiz der Weimarer Republik, die auf ähnlichen Bahnen wandelte, geführt hat. Sie hat nicht unwesentlich dazu beigetragen, die Republik zu unterminieren und für die Nazis sturmreif zu machen. Was aber können unsere Freunde und alle konsequenten Kämpfer für die Demokratie im Westen demgegenüber tun?

Zunächst ist es nötig, die Rechtsprechung sehr genau und systematisch zu verfolgen und die Gefahren ihrer Entwicklung, wo auch immer, klar aufzuzeigen: in den Organisationen, in der Presse, in krassen Fällen auch in öffentlichen Kundgebungen. (In Braunschweig, Wolfenbüttel und Bremen sind von den Parteien, Gewerkschaften, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes [VVN] und der Jüdischen Gemeinde Kundgebungen veranstaltet worden, die stark besucht waren und auch von den Behörden sehr beachtet wurden.) Es genügt aber nicht, in negativer Kritik zu verharren, wie das vor 1933 überwiegend bei uns geschah. Es müssen der Wille und die Forderung der Bevölkerung zum Ausdruck kommen, daß die Naziverbrecher aller Schattierungen ihrer verdienten harten Strafe zugeführt werden; es müssen die Ursachen des Versagens der Justiz aufgezeigt werden, die hauptsächlich in der ganz mangelhaften Entnazifizierung der Rächterschaft liegen — sind doch weit über 50 Prozent frühere Pöbel —, und es müssen die Mittel einer Demokratisierung der Justiz propagiert werden. Diese sind vor allem: Ausschaltung sämtlicher früherer Nazis und verantwortlicher Vertreter der Nazijustiz aus dem heutigen Justizapparat, rascheste Wiedereinführung der Schöff- und Geschworenengerichte und Heranbildung von Volksschlichtern in kurzfristigen Lehrgängen aus den Kreisen zuverlässiger Antifaschisten, ausgesucht auf Vorschlag der Parteien, Gewerkschaften, VVN usw. Diese Wege sind in der Ostzone bereits mit Erfolg beschritten worden und haben dort allseitige Anerkennung gefunden.

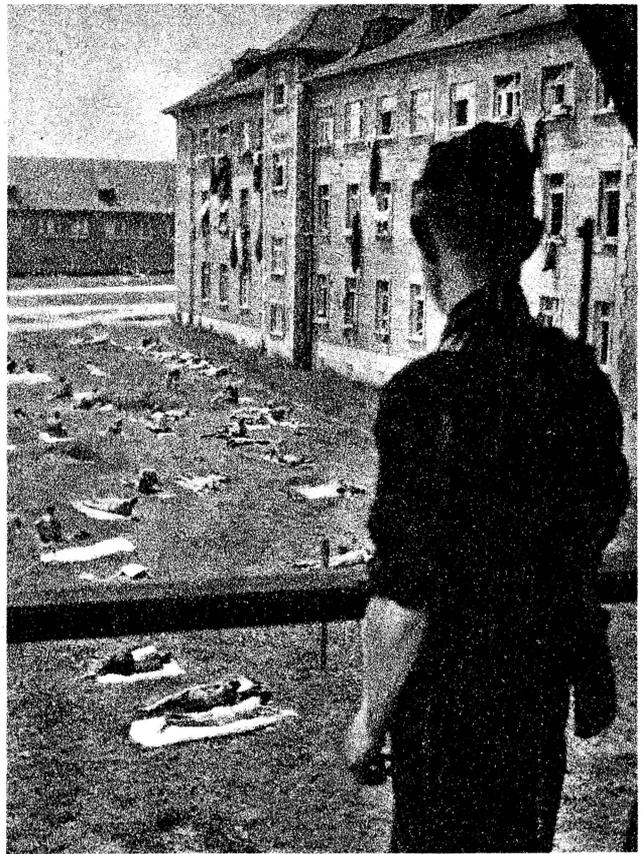
Was aber kann über das Allgemeinpropagandistische hinaus getan werden?

An einer Bereinigung der Justiz von Nazi-Elementen kann auch die Öffentlichkeit teilnehmen. Wer von einem amtierenden Richter oder Staatsanwalt erfährt den er aus der Nazizeit her als prominenten Nazi, als Mitglied von Kriegs- oder Sondergerichten oder sonstigen Verantwortlichen Hitlerscher Blutjustiz kennt soll das unier genauester Angabe von Einzelheiten den demokratischen Organisationen melden, die diese Angaben den bei den Gerichten bestehenden Entnazifizierungsausschüssen und dem Oberlandesgerichtspräsidenten weiterreichen. Werden herausfordernde antidemokratische Urteile, wie die eingangs angeführten, gefällt wird es sich empfehlen, die politische Vergangenheit der beteiligten Richter zu erforschen und nötigenfalls gebührend herauszustellen. Eine weitere Hilfe, die Verhältnisse zu wandeln, kann die antifaschistische Öffentlichkeit auch dadurch leisten, daß sie das konkrete Belastungsmaterial gegen Naziverbrecher, insbesondere auch Nazidenunzianten, den Organisationen übermittelt die auf Grund des gesammelten, geordneten und, wenn möglich, geprüften

Materials Strafanzeige gegen den Naziverbrecher bei der Staatsanwaltschaft erstatten. Lehnt die Staatsanwaltschaft die Strafverfolgung ab, so kann der Anzeigende binnen 14 Tagen dagegen Beschwerde beim Generalstaatsanwalt des Oberlandesgerichts einlegen und gegen dessen Ablehnung noch binnen Monatsfrist gerichtliche Entscheidung beantragen, Strafanzeigen haben nur dann einen Wert, wenn sie soviel konkrete Angaben wie nur möglich enthalten: Namen und Adressen von Zeugen, Orts- und Zeitangaben, Aktenzeichen und, falls vorhanden, die Abschrift des Strafurteils (bei Denunziantensachen). Durch eine gut fundierte Strafanzeige wird der böswillige Staatsanwalt zu einer Stellungnahme gezwungen werden, und, lehnt er eine Strafverfolgung der Naziverbrecher ungerechtfertigterweise ab, so kann auch? Grund dieser Ablehnung gegen einen derartigen Justizbeamten in der Öffentlichkeit wirksam Stellung genommen werden. Dem gutwilligen, antifaschistischen Staatsanwalt aber — denn auch solche gibt es — wird eine gut begründete Strafanzeige eine willkommene Hilfe bei der Verfolgung der Naziverbrecher sein. So wie der Kampf gegen reaktionäre Justiz sollte auch die Unterstützung fortschrittlicher Kräfte in der Justiz eine Aufgabe aller demokratischen Kreise sein.

Es wäre notwendig, in den Kreisleitungen der antifaschistischen Organisationen je einen Mitarbeiter mit diesen Fragen der Justiz zu betrauen und eine enge Zusammenarbeit aller an der Justiz Interessierten Personen der antifaschistischen Organisationen zum Zwecke fruchtbarer Zusammenarbeit zu organisieren,

Götz Berger



Das ist Hitler etwa ein Erholungsheim mit Liegewiese für heilungsbedürftige Arbeiter, sondern das ist das Nazi-Internierungslager Ludwigsburg (Württemberg). Die hier internierten Naziführer und Kriegsverbrecher erhalten, wenn sie arbeiten, 2400 Kalorien, und wenn sie nicht arbeiten, 1000 Kalorien. Dazu kommen wöchentlich unbegrenzte Mengen von Postpaketen. Millionen Menschen müssen heute unter ungleich schwereren Lebensbedingungen wieder aufbauen, was durch die Schuld dieser Leute zerstört wurde.

(Aufg., United Press)